

Wahlprüfsteine des Landesverbands der Schulpfängerinnen und Schulpfänger e. V. und Antworten von Dr. Timm Kern, stv. Vorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der FDP/DVP Landtagsfraktion

Aufbau der Schulverwaltung

Der Landesverband der Schulpfängerinnen und Schulpfänger plädiert seit langem für die Aufbauorganisation in Richtung auf eine strikte Zweistufigkeit. Die Staatlichen Schulämter sollten dann die gesamte Aufgabenverantwortung für die Schularten im Primar- und Sekundarbereich I übernehmen. Welche Position hat Ihre Partei dazu?

Wir sind generell der Überzeugung, dass die Verantwortlichen vor Ort mehr Eigenverantwortung erhalten sollten, damit Qualität sich entwickeln kann. Maßgeblich für den Aufbau und die Struktur der Schulverwaltung sollte nach unserer Vorstellung ihre Handlungsfähigkeit und die ihrer Einheiten sein. Wir Freie Demokraten haben uns in Regierungsverantwortung im Jahr 2006 die Entscheidung nicht leichtgemacht, die Verwaltungsreform zu korrigieren und die Staatlichen Schulämter wieder aus den Landratsämtern auszugliedern, so dass sie seitdem als untere Sonderbehörden in der Regel für zwei Landkreise zuständig sind. Letztlich ausschlaggebend war für uns das Argument, dass durch die Eingliederung in die Landratsämter Arbeitseinheiten geschaffen worden waren, die zu klein für die Betreuung des gesamten Schulartenspektrums waren. Grundsätzlich halten wir aber eine möglichst dezentrale Aufstellung der Schulverwaltung vor allem im Hinblick auf die regionale Schulentwicklung für zweckmäßig. Wir befürworten deshalb eine Überprüfung der derzeitigen Struktur der Schulverwaltung vor allem hinsichtlich der Passung der Schulverwaltung zu den regionalen schulischen und administrativen Gegebenheiten, der angemessenen Größe der Arbeitseinheiten und der möglichen Effizienzgewinne durch Dezentralisierung. Wenn ein Schulamt auf Landkreisebene den zahlreichen Aufgaben im Rahmen der regionalen Schulentwicklung und der Betreuung von in ihrer Eigenständigkeit gestärkten Schulen besser gerecht werden kann, würden wir eine Wiedereingliederung der Schulämter in die Landratsämter bei entsprechend angemessener Ausstattung nicht scheuen.

Durch den Aufbau des neuen Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung ist im Aufbau der Schulbetreuung ein neues Netzwerk entstanden, das in seinem regionalen Aufbau und der Zuständigkeit von der bisherigen Struktur einer schulnahen Kultusverwaltung abweicht. Dadurch hat sich auch der Koordinationsaufwand innerhalb der Schulverwaltung weiter erhöht. Welche Ideen, Vorschläge oder Planungen hat Ihre Fraktion im Blick auf die Darstellung einer schulnahen, übersichtlichen Kultusverwaltung mit weniger Ansprechpersonen für die Schulleitungen?

Uns Freien Demokraten ist die Qualitätsentwicklung im Bildungswesen ein wichtiges Anliegen. Wir sehen deshalb mit großer Sorge, dass es beim Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) gewaltig im Gebälk knirscht. Unklare Zuständigkeiten, eine personell stark reduzierte Schulaufsicht, ins Abseits gestellte Fachleute an den Seminaren für Lehrerbildung, vakante Stellen aufgrund offensichtlicher Unzufriedenheit mit den neuen Strukturen und Dienstleistungen jenseits der schulischen Realität – das sind die Rückmeldungen, die die FDP/DVP Fraktion vielfach zur Umstrukturierung der Schulverwaltung unter der Überschrift ‚Qualitätskonzept‘ erreichen. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion haben wir eine öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses beantragt und versucht, den Verantwortlichen mit konkreten Fragen zu den Problemen der Schulverwaltung auf den Zahn zu fühlen. Die Antworten – oder besser gesagt: die Nicht-Antworten von Kultusministerium und ZSL auf die Fragen der Opposition haben uns in unserer kritischen Haltung gegenüber der Schaffung der neuen Großbehörde ‚ZSL‘ auf Kosten der Schulaufsicht und der Seminare

für Lehrerbildung bestätigt. Die Ratlosigkeit der Verantwortlichen angesichts des selbst verursachten Schlamassels war mit Händen zu greifen. Die FDP/DVP Fraktion fordert angesichts dessen, nicht nur die Seminare wieder in die Konzeption von Lehreraus- und -fortbildung einzubeziehen und den Schulen Fortbildungsgutscheine und damit Wahlmöglichkeiten zu geben, sondern auch, das Qualitätskonzept einer umfassenden Qualitätskontrolle zu unterziehen. Denn klar ist: Ein leistungsfähiges Schulsystem braucht eine leistungsfähige Schulverwaltung.

Schulaufsicht

Welche Rolle kommt in den Zukunftsüberlegungen Ihrer Partei den Schulrätinnen und Schulräten als regionalen Ansprechpartnern in der Betreuung des regionalen Schulnetzwerks und der Qualitätssicherung der schulischen Arbeit zu?

Eines der Kernanliegen liberaler Bildungspolitik ist die Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen. Werden die Schulen in ihrer Eigenständigkeit gestärkt, kommt den Schulrätinnen und Schulräten umso größere Bedeutung bei der Qualitätssicherung und -entwicklung zu. Es gilt nach unserer Auffassung, sowohl die Qualitätssicherungs- und -entwicklungsprozesse anzuleiten und zu beaufsichtigen als auch die Schulen hierbei zu beraten, zu unterstützen und ihnen pädagogische, fachliche, organisatorische und rechtlich-administrative Hilfestellungen zu geben. Ein wichtiges Handlungsfeld der Schulrätinnen und Schulräte sehen wir in der regionalen Schulentwicklung. Wir treten dafür ein, dass nicht nur im ländlichen Raum ein wohnortnahes, vielfältiges sowie den Fähigkeiten und Begabungen jedes jungen Menschen entsprechendes Schulangebot vorgehalten wird. Den Schulrätinnen und Schulräten kommt die Schlüsselfunktion zu, hinsichtlich des Schulangebots und der Schulorganisation in einer Region koordinierende und moderierende Aufgaben wahrzunehmen.

Der frühere Grundsatz, dass Aufsicht und Beratung im Blick auf volle Qualitätsverantwortung in eine Hand gehören, ist in der gegenwärtigen Aufgabenverteilung in der Kultusverwaltung nicht mehr ausgeprägt. Welche Meinung vertritt Ihre Partei dazu?

Wie oben bereits ausgeführt, sehen wir die vorgenommene Umstrukturierung der Schulverwaltung vor allem mit Blick auf die Zentralisierung von Aufgabenbereichen kritisch. Auf diese Weise werden Aufsicht und Beratung, die zuvor zusammen in der Hand der dezentralen Einheiten lagen, getrennt. Indem nun Beratungsaufgaben in weiten Teilen zentral wahrgenommen werden, droht die Praxisnähe und damit eine wesentliche Stärke der bisherigen Schulverwaltung verloren zu gehen. Wir wollen die Umstrukturierungsmaßnahmen evaluieren und die dezentralen Einheiten der Schulverwaltung wieder stärken, unter anderem indem sie sowohl Aufsichts- als auch Beratungsaufgaben in einer Hand wahrnehmen.

Digitalisierung der Schulen und der Kultusverwaltung

In dem gerade durch die aktuelle Krisensituation (insbesondere Lockdown mit flächendeckender Schulschließung) weiter angefachten Entwicklungsdruck in Richtung auf Selbstlernmedien und digitale Lernplattformen haben unsere Schulen trotz widriger Umstände (Scheitern des Systemaufbaus ELLA) mit lokaler und regionaler Unterstützung kreativ und erfolgreich an Lösungen gearbeitet. Welche Entwicklungs- und Unterstützungslinien sieht Ihre Partei in diesem entscheidenden Feld schulischer Qualitätsentwicklung? Welche Unterstützungsmaßnahmen für

Schulen und Schulverwaltung halten Sie in diesem Aufgabenfeld für Erfolg versprechend und realisierbar?

Wir teilen Ihre Einschätzung, dass der Digitalisierung der Schulen – und ebenso der Schulverwaltung – eines der entscheidenden Felder schulischer Qualitätsentwicklung darstellt. Der Lockdown der Schulen hat zugleich den enormen Rückstand Baden-Württembergs bei ihrer Digitalisierung augenfällig gemacht. Mit befristeten Sonderprogrammen und teilweise knapp bemessenen Einmalmaßnahmen wird nun versucht, die ärgsten Defizite zu beheben. Wir wollen die Digitale Schule gesetzlich verankern und die Finanzierung der Ausstattung für kommunal und frei getragene Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler mit digitaler Hard- und Software, die Systemadministration und die Lehrerfortbildung für digitale Bildung längerfristig sichern, zunächst für die Dauer einer Legislaturperiode des Landtags. Dafür wollen wir 500 Millionen Euro aus den Rücklagen des Landes für Digitalprojekte entnehmen und die seither zur Finanzierung aus dieser Rücklage vorgesehenen Projekte der BW-Stiftung zur Fortführung vorschlagen. Die grün-schwarze Regierungsmehrheit lehnte den entsprechenden Gesetzentwurf der FDP/DVP Fraktion aber ebenso ab wie den Antrag auf einen Digitalpakt 2.0 zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Dessen ungeachtet treten wir für diese Vorhaben weiter entschieden ein.

Schulqualität

Die baden-württembergischen Schulen haben in den jüngeren Vergleichsstudien bei Schulleitungsüberprüfungen erheblich Qualitätsverluste im nationalen und internationalen Vergleich hinnehmen müssen. Welche Ideen, Vorschläge oder Planungen gibt es in Ihrer Partei, sollte diese negative Entwicklung trotz der eingeleiteten Qualitätsoffensive anhalten?

Wir streben für die nächste Legislaturperiode eine Qualitätsoffensive an, die unser Schulleistungsniveau wieder an die Spitze der Bundesländer bringen soll. Dabei wollen wir die mangelnde Verlässlichkeit in der Bildungspolitik beenden und den Schulen einen geeigneten, über Regierungswechsel hinaus verlässlichen Rahmen für eine exzellente Bildungsarbeit geben. Dazu braucht es einen Kraftakt für eine erstklassige Bildung in Baden-Württemberg. Dieser Kraftakt soll jedoch ausdrücklich keine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen bildungspolitischen Nenner sein. Vielmehr zielt diese Anstrengung darauf ab, unserem Schulwesen Freiheit zu sichern – Freiheit vor Bevormundung durch die jeweilige Regierung und Freiheit zur Gestaltung eines den Bedürfnissen des Einzelnen entsprechenden, zu den Bedingungen vor Ort passenden und an der Qualität orientierten Bildungsangebots. Konkret wollen wir unter anderem:

- *uns für den Erhalt unseres vielfältigen und gegliederten Schulwesens einsetzen, damit jeder Mensch ein passendes, seinen Begabungen und Leistungsvoraussetzungen entsprechendes Bildungsangebot findet.*
- *eine verbindliche Grundschulempfehlung wiedereinführen, um die Bildung von Klassen aus Schülern mit vergleichbaren Begabungen und Leistungsvoraussetzungen zu erleichtern. Die weiterführenden Schulen dürfen in eigener Verantwortung über die von der Grundschulempfehlung abweichende Bewerbung entscheiden. Dabei betonen wir unser Bekenntnis zur Durchlässigkeit des Bildungssystems: kein Abschluss ohne Anschluss.*
- *durch einen transparenten Leistungswettbewerb - insbesondere zwischen den weiterführenden Schulen - die Qualität schulischer Bildung verbessern. Dies setzt voraus, dass die einzelne Schule mehr Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Bildungsangebots nach eigenen Vorstellungen erhält und dass faire Wettbewerbsbedingungen herrschen.*

- *den Lehrermangel an den Schulen im Land - insbesondere an den Grundschulen - bekämpfen. Dazu werden wir die Zahl der Studienplätze ausweiten und den Lehrerberuf attraktiver machen, indem wir unter anderem die zeitweilige Arbeitslosigkeit von Vertretungslehrern und Referendaren über die Sommerferien beenden und den Beförderungsstau bei Fachlehrern und technischen Lehrkräften abbauen.*
- *für eine möglichst große Eigenverantwortung der Schulen bei Personalauswahl und -entwicklung sorgen sowie jeder Schule ein verlässliches Personalbudget geben, nach dem Modell 100 Prozent für den Pflichtunterricht plus X Prozent für Vertretungsunterricht und eigene Schwerpunkte.*
- *starke Anreize für die kommunalen Schulträger schaffen, ihre Schulgebäude aufgabengerecht auszustatten, zu pflegen und zu modernisieren.*

Die Qualität und Funktionsfähigkeit unserer Schulen ist in immer höherem Maß abhängig von der Funktionsfähigkeit des lokalen Netzwerks, das immer mehr Personen und Funktionen zur Sicherung des Alltagsbetriebs in die Schulen bringt (z. B. Schulsozialarbeit, Jugendhilfe, Berufseinstiegsbegleitung, Ganztagsbetreuung, schulische Beratung...). Welche Vorstellungen/Ideen/Pläne hat Ihre Partei für die weitere Entwicklung in diesem wichtigen Qualitätssegment, vor allem auch im Blick auf eine Entlastung der Schulleitungen?

In der Tat kommen vor allem auch auf die Schulleiterinnen und Schulleiter zunehmend Aufgaben in der Zusammenarbeit mit dem lokalen Netzwerk der jeweiligen Schule zu. Wir halten deshalb eine Entlastung der Schulleiterinnen und Schulleiter als Schlüsselfiguren der Qualitätsentwicklung für dringend geboten. Entlastung für die Schulleitungen erhoffen wir uns von Schulverwaltungsassistenten für jede Schule, wahlweise Anrechnungsstunden für Verwaltungstätigkeiten, sowie von Systemadministratoren. Auch eine Erhöhung der Leitungszeit unterstützen wir, wenn die Unterrichtszeit kompensiert werden kann. Aber auch die Schulverwaltung kann die Schulen beispielsweise durch koordinierende Tätigkeit im Bereich des lokalen Netzwerks die Schulleitungen entlasten. Dies ist ein Argument mehr, die dezentrale Schulverwaltung wie oben beschrieben zu stärken, damit sie neben der Aufsicht vor allem auch beratende und vor Ort koordinierende Tätigkeiten ausüben kann.